

mittendrin

Ausgabe 1/2011
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

»Kommunalpolitik ist für uns LINKE Chefsache!«

Interview mit Gesine Lötzsch, Vorsitzende der Linkspartei



Gesine Lötzsch vor Ort in Berlin im Bürgergespräch

Du möchtest Kommunalpolitik zur Chefsache machen, warum?

Gesine Lötzsch: Wir haben ja eine feste Basis in unserer Partei, und das sind unsere Kommunalpolitiker. Wenn ich mir überlege, dass es Menschen gibt, die seit 20 Jahren immer wieder in ihren Kommunen gewählt werden, dass wir Bürgermeister haben wie zum Beispiel Dieter Holz in Saßnitz, die seit 16 Jahren Bürgermeister sind, habe ich den Eindruck, dass wir als Partei das wichtiger nehmen müssen, und darum will ich mich kümmern, dass wir auf diesen Erfahrungen wirklich aufbauen und sie nicht beiseite schieben.

Wie gehen Kommunalpolitik und die große Politik – die zurzeit in der Programmdiskussion debattiert wird – zusammen?

Eben, das ist ja die spannende Frage. Die große Politik ist ja ohne die kleine nicht zu machen, und wir müssen uns davor hüten, dass wir den Eindruck erwecken, die einen sind für die ganz großen Sachen und die Weltrevolution zuständig und die anderen sind die, die da unten so ihre Arbeit machen, aber nicht so richtig beachtet werden. Ich finde gerade, was man an der Kommunalpolitik lernt, der direkte Kontakt mit den Menschen, das Lösen wirklich praktischer Probleme, das müssen wir natürlich auch auf die große Politik übertragen, ansonsten werden wir die Menschen nicht überzeugen.

Was macht linke Kommunalpolitik aus, also sprich, was ist das Linke in der Kommunalpolitik, dass quasi die insgesamt über 6000 Kommunalpolitiker der LINKEN eint?

Ich denke, unsere Kommunalpolitiker sind wirklich verwurzelt im Leben der Menschen, sie kennen die Probleme und sie versuchen, auch in der schlechtesten, in der schwierigsten Situation eine Lösung zu finden, um dem konkreten Menschen weiterzuhelfen. Und wichtig ist Beteiligungskultur. Wir haben glaube ich gegenüber anderen, soweit ich das einschätze, einen Vorsprung auch an Demo-

kritisierung in den Kommunen. Ich nenne als Beispiel den Bürgerhaushalt, auch in meinem eigenen Wahlkreis in Lichtenberg, aber auch den Kiezfonds, wo die Bürger selber noch mal über Geld entscheiden, ohne dass irgendwelche Behörde ihnen da reinreden darf.

Du hast Dich immer verwurzelt gefühlt in Lichtenberg, bist dort langjährige Vorsitzende der Bezirksorganisation – wirst Du weiter hier aktiv bleiben und Dich einmischen?

Ja, sicher. Jeder muss seine Aufgaben erfüllen. Aber ich kann die «große Politik» viel schlechter bewerten, wenn ich nicht weiß, was wirklich an der Basis los ist. Und ich glaube, auch die Frage der Glaubwürdigkeit ist damit verbunden, wenn man immer nur im Fernsehen gesehen wird und nicht mehr im Bürgergespräch, dann wäre das ein schlechtes Zeichen.

Verändert sich die Linkspartei dadurch, dass auch inzwischen in den westlichen Ländern mehr Menschen kommunale Verantwortung für die Partei tragen?

Wir haben dadurch nicht mehr das Auseinanderklaffen der Erfahrungen. Es ist nicht mehr so, dass im Osten die LINKEN Kommunalpolitiker sind und im Westen keine, sondern man hat da auch viel größere Schnittmengen gemeinsamer Erfahrung.

Was ist notwendig, um vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu sein?

Ich freue mich immer, wenn ich Genossen treffe, die schon seit vielen Jahren mit langem Atem für die Partei arbeiten. Ich war kürzlich bei einer Preisverleihung. Allerdings für Journalisten, die hieß «Der lange Atem». Dort wurden Autoren ausgezeichnet, die für längere Zeit wirklich gegen viele Widerstände an einem Thema dran bleiben. Und ich glaube, das trifft auf unsere Kommunalpolitiker auch zu, die haben einen besonders langen Atem.

Fragen von Christoph Nitz

Öffentliche Unternehmen und Berlins LINKE

mit Dr. Klaus Lederer, Berliner Landesvorsitzender der LINKEN,
Moderation: Prof. Dr. Klaus Steinitz

Mittwoch, 19. Januar, 18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Eigentlich waren die Bezirksverordneten in ihrer Dezembersitzung schon weihnachtlich friedlich gestimmt. Viele der Drucksachen wurden einstimmig oder mit eindeutigen Mehrheiten abgestimmt.

Die Themenbreite reichte von der Gründung einer neuen Grundschule in Mitte (im Gebäude am Koppenplatz und der Auguststraße), Maßnahmen gegen Spielhallen und Wettbüros, über Baumschutz und Unterstützung der Gewerbetreibenden im Nikolaiviertel bis zu einer Resolution gegen den Naziaufmarsch in Moabit. Zwei Themen brachten dann aber doch die Kontroverse - der geplante Gastrogroßmarkt Hamberger in der Siemensstraße und der Mauerpark. Beide Projekte unterstehen Stadtrat Gothe und werden durch intensive Bürgerinitiativen kontrovers «begleitet». Die von ihm mit den Investoren und Eigentümern bisher gefundenen Kompromisse, sowohl im Projekt Hamberger als auch beim Mauerpark, werden aus unterschiedlichen Gründen von einer Mehrheit in der BVV nicht mitgetragen. Die Fraktion Die LINKE hat sich bei beiden Projekten mit den massiven Einwänden der Bürgerinitiativen solidarisiert und deshalb sehr kritisch Aktionen des Stadtrates zurückgewiesen, die Bezirksverordnetenversammlung zu sogenannten Tendenzentscheidungen zu drängen, die vorab bindende Tatsachen schaffen sollen. In unserem Antrag «Mauerpark - Schritt für Schritt oder Alles zu seiner Zeit» wird das Bezirksamt aufgefordert, bis zur Auswertung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung für den B-Plan 1-64 Mauerpark und der Erörterung deren Ergebnisse in den Fachausschüssen der BVV alle Aktivitäten einzustellen, die eine Entscheidung für die weitere Entwicklung des Mauerparks vorwegnehmen könnten. Konkret soll die Arbeit

Blick aus dem Amt:

Keine Neonazis in Mitte oder anderswo

Am 16. Dezember verurteilte die BVV Mitte einstimmig den Naziaufmarsch vom Anfang des Monats in Mittes Straßen. Was war geschehen? Am Abend des 3. Dezember marschierten ca. 25 Neonazis durch Moabit. Sie schreckten AnwohnerInnen mit laut gegröhlten Hasträdern gegen MigrantInnen, mit Böllern und dem Gejohle von Naziliedern auf. Der Polizei gelang es, einige festzunehmen. Es wird ermittelt.

In Mitte verzeichnen wir leider seit einiger Zeit solche Aktivitäten; dazu gehören auch Schmierereien, die den öffentlichen Raum verschandeln, rechtsextremistische Flugblätter und Versuche, in öffentlichen Räumen Veranstaltungen abzuhalten.

Die BVV hat einmütig festgestellt: «Der Bezirk Mitte ist kein Ort für Neonazis oder sogenannte Freie Nationale Gruppen. Mitte steht für Vielfalt und Toleranz. ... Wir bekräftigen den Berliner demokratischen Konsens in unserer BVV, den erklärten Feinden der Demokratie keine Gelegenheit zu bieten, sich als normale, im demokratischen Spektrum akzeptierte Partei, zu inszenieren... In unseren Rathäusern, auf Straßen und Plätzen unserer Bezirke haben antisemitische, rassistische und antidemokratische Äußerungen und Or-



Kein guter Jahresabschluss für Stadtrat Ephraim Gothe

Organisationen keinen Platz.« Im Bezirksamt haben wir mit Vertretern der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus diskutiert, wie wir das demokratische Bündnis in unserem Bezirk weiter stärken können. Dazu gehört auch die Intensivierung der Aufklärung und Stärkung der Demokratie in den Jugendeinrichtungen und Schulen. In der Schulleiterkonferenz wurde zur Wachsamkeit aufgefordert. Neonazis darf kein Zugang zu unseren Schulen gelingen.

Am 18. Dezember trafen sich kurzfristig in Moabit AnwohnerInnen, junge Menschen und MitarbeiterInnen aus Jugendeinrichtungen vor Ort und viele andere Engagierte, um gegen Neonazis zu demonstrieren. Ich war dabei und konnte mit Genugtuung erleben, dass es auch in unserem Bezirk einen breiten demokratischen Grundkonsens in der Bevölkerung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, für Demokratie, Vielfalt und Toleranz gibt.

Petra Schrader

Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport



Foto: Archiv

der Bürgerwerkstätten so ausgestaltet werden, dass sie der Auswertung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nicht vorgeht. Der städtebauliche Wettbewerb soll erst nach dem Beschluss der BVV über den Bebauungsplan fortgeführt werden. Beiden Verfahren fehlt die Legitimitätsgrundlage. Bürgerwerkstätten und städtebaulicher Wettbewerb entwickeln sich zu Parallelverfahren zum Bebauungsplanverfahren. Das ist nicht sachgerecht, es ist irreführend und bindet unnötig Personal und Geld.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag kam es zu einem Eklat. Obwohl eine Mehrheit der BVV (Linke, CDU, Grüne) dem Antrag zugestimmt hatte, wollte die Versammlungsleitung eine zweite Abstimmung vornehmen, um ein anderes Ergebnis herbeizuführen. Offensichtlich war die Zustimmung der Grünenfraktion, die mit der SPD eine gemeinsame Vereinbarung hat, nicht vorgesehen gewesen. Der Protest unserer Fraktion konnte diesen undemokratischen Akt verhindern. Die «Fehlentscheidung» der Grünen und der Antrag müssen für Baustadtrat Gothe eine bittere Pille sein - er verlor vor versammelter Mannschaft die Contenance.

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Beschlossen u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, bei den betreffenden Hauseigentümern darauf hinzuwirken, ein «Wertstoffforum Mitte» im Februar 2011 mit dem Ziel durchzuführen, dass die Verunsicherungen, die mit der Änderung der Berliner Bauordnung und der damit vorgesehenen Schließung der Müllabwurfanlagen, genannt Müllschlucker, bis zum 31.12.2013 in den vielgeschossigen Wohnhäusern verbunden sind, beendet wird; nachvollziehbar geklärt wird, ob es eine Notwendigkeit ist, sich beim Berliner Senat für eine befristete Offenhaltung jüngst modernisierter Anlagen einzusetzen; dass Klarheit darüber geschaffen wird, wie Wertstofftrennung und Restmüllentsorgung auf welchen Standorten erfolgen soll, welche Kosten und welche Effekte der Einsparung oder Mehrbelastung, der Veränderung der Wohnqualität und anderer Möglichkeiten entstehen. (DIE LINKE) 1914/III

Überwiesen u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, auf das Jobcenter Mitte Einfluss dahingehend zu nehmen, dass die Mittel für die im Rahmen der Modellprojekte «Bürgerarbeit» zu schaffenden Stellen in Mitte analog der Finanzierung des erfolgreichen Berliner Modells von Stellen im Öffentlichen Beschäftigungssektor aufzustocken sind und dafür die Landeskofinanzierung genutzt wird. (DIE LINKE) 1910/III

Auf ein Wort Frau Senatorin!

Mit linker und sozialer Politik erfolgreich für Berlin

Demokratische Teilhabe für alle



Foto: Archiv

Carola Bluhm mit Finanzsenator Nussbaum im Berliner Abgeordnetenhaus

Wenn alle beginnen, sich auf den Wahlkampf vorzubereiten, ist der Moment gekommen, kurz innezuhalten und zu betrachten, was wir in den zurückliegenden Jahren geschafft haben.

Partizipation als Grundidee

Zentrales Anliegen unserer Integrationspolitik ist es, die demokratische Teilhabe aller Berlinerinnen und Berliner, unabhängig von ihrem Pass, zu verbessern. Wir haben deshalb auf der Bundesebene Initiativen ergriffen, zumindest das kommunale Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass einzuführen und das Staatsbürgerschaftsrecht zu liberalisieren. Wichtiger Baustein unserer Integrationspolitik ist das Partizipations- und Integrationsgesetz, das im Dezember die parlamentarischen Hürden genommen hat. Staatliche Einrichtungen spiegeln bisher die Vielfalt der hier lebenden Menschen nur unzureichend wider. Auch hier gibt es Diskriminierung aufgrund von Herkunft oder Religion. Um das zu ändern, wollen wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Öffentlichen Dienst bringen. In allen Bezirken soll es zukünftig Integrationsbeauftragte geben.

DIE LINKE Berlin Mitte

Für den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS)

Etwa 8000 Stellen für Langzeitarbeitslose haben wir im ÖBS in den vergangenen Jahren geschaffen: Integrations- und Kiezlotsen, Mobilitätshelferinnen für Ältere und Menschen mit Behinderung. ÖBS-Beschäftigte arbeiten in Stadtteilzentren, Nachbarschaftsheimen, Frauentreffs und Senioreneinrichtungen und leisten wichtige Arbeit für die Gemeinschaft. Die Schwarz-Gelbe Bundesregierung wollte durch die Einführung der «Bürgerarbeit» zum kommenden Jahr ein Konkurrenzprojekt auflegen – in ähnlichen Tätigkeitsfeldern, allerdings mit schlechter Bezahlung. Aber auch hier haben wir einen Durchbruch erzielt: nach Verhandlungen mit dem Bundesministerium wird Berlin Bürgerarbeit zu den Bedingungen des ÖBS anbieten!

Gegen Dumpinglöhne in der Leiharbeit

Zusammen mit Verdi ist das Land Berlin gegen die so genannten «christlichen Gewerkschaften» in der Leiharbeit vor Gericht gegangen. Diese haben hunderte Tarifverträge zugunsten der Unternehmen und zum Nachteil der Beschäftigten geschlossen. Nun hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass die Tarifgemeinschaft der christlichen Gewerk-

schaften (CGZP) in der Leiharbeit nicht tariffähig ist und keine Tarifverträge abschließen darf. Nach Schätzungen sind von ihren Dumpingtarifverträgen mehr als 200.000 Menschen betroffen.

Für Transparenz in der sozialen Arbeit

Auch in Berlin fließt viel Geld in die soziale Arbeit. Transparenz bei der Verwendung der öffentlichen Gelder muss oberstes Gebot sein, um die gesellschaftliche Akzeptanz der sozialen Arbeit zu erreichen. Derzeit kann der Staat allerdings nur unzureichend kontrollieren. Deshalb haben wir eine Bundesratsinitiative für mehr Kontrolle gestartet. Unsere Initiative hat im Bundesrat quer durch alle Parteien Zustimmung gefunden. Nun muss sie durch den Bundestag. Auch dort hoffen wir auf eine Mehrheit.

Wir bleiben weiter aktiv. Themen wie Fachkräftesicherung, Pflege und Wohnen beschäftigen uns auch die kommenden Jahre. Wir hoffen, dass wir dann vor den Wahlen 2016 ähnlich positive Ergebnisse vorweisen können wie heute.

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82-45 65

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.dielinke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum «Bürger für Bürger» der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

Aus dem letzten Winter nichts gelernt

Berlin ist wieder zur Rutschpartie geworden: gefährlich glatt, gefährlich rutschig, knöcheltiefer Schnee auf glatten Eisbuckeln. So sehen viele Gehwege aus trotz der neuen starken Winterdienstbestimmungen. Viele Gebäudeeigentümer scheinen sich einen Dreck darum zu kümmern, habe nichts aus dem letzten Winter gelernt.

«Berliner Kurier», 13.12.2010

Hauptstadtausflug der Jungen Union Köln

Das ist keine Vergnügungsfahrt, sondern eine Bildungsreise zum Thema Linksextremismus in Berlin, finanziert aus dem Etat vom Familienministerium Kristina Schröders. Die Fahrt fand vom 16. bis 18. Dezember 2010 statt.

«Diese Fahrt offenbart den ganzen Irrsinn des von der Bundesregierung vertretenen Extremismusansatzes mit seiner Gleichsetzung von Neonazis und linken Antifaschisten. Es handelt sich dabei um einen eklatanten Missbrauch von Geldern, die zum Kampf gegen Neofaschismus dringend benötigt werden», so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke.

«Berliner Zeitung», 13.12.2010

Zu viel des zu Guttenberg

Mit seinem Weihnachtsbesuch in Afghanistan schießt das Polit-Traumpaar zu Guttenberg ein Eigentor. Das durchsichtige Spektakel mit angeschlossener Talkshow dient allein der Eigenwerbung. Dafür ist der gefährliche Einsatz die falsche Kulisse.

Noch geht das Kalkül des CSU-Politikers auf, noch funktioniert die PR-Masche, aber auf ihn warten schwierige Aufgaben: Umbau der Bundeswehr, Verkleinerung der Armee. Auch in Afghanistan steht er vor schwierigen Entscheidungen, bevor die Soldaten abziehen können. Da hilft auch keine lächelnde Gattin mehr. «Financial Times», 13.12.2010

«TØNSBERG» ist weg!

Vor nahezu zwei Jahren eröffnete in der Rosa-Luxemburg-Str. 18 in unserem Bezirk «TØNSBERG», ein Bekleidungsgeschäft, das vorwiegend die Modemarke «Thor Steinar» anbot. Dabei handelt es sich laut Verfassungsschutz um eine Marke, die in rechts-extremen Kreisen als «szenetypisches Erkennungsmerkmal» gilt. AnwohnerInnen und Gewerbetreibende der Rosa-Luxemburg-Straße und der Rosenthaler Vorstadt fanden sich da-

Gebäude in Mitte

Rotes Rathaus am Alex



Foto: Archiv

Zwei Berliner Markenzeichen im Blick

Wer heute in Berlin als Tourist lustwandelt – Berliner haben es schon längst aufgegeben – um dabei das Rote Rathaus als zentralen Sitz der Stadtverwaltung zu besichtigen, wird enttäuscht sein. Bauzäune, tiefe Baugruben und Baumaschinen haben das Rote Rathaus umzingelt und behindern den Blick auf dieses bemerkenswerte Gebäude. Wobei es dabei nicht dem Rathaus selbst an den Kragen geht, sondern um archäologische Grabungen und um die Vorbereitungen für den U-Bahn-Bau vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor.

Das heutige Rote Rathaus, für das 1861 der

Grundstein gelegt wurde, ist das fünfte in der Geschichte Berlins. Nach den Überresten dieser Rathäuser und anderer historischer Bauten wird nun vor der Haustür des Regierenden Bürgermeisters gebuddelt.

Der aus roten Klinkerformsteinen errichtete Bau wurde 1865 in Betrieb genommen. Es tagten dort der Magistrat und ab 1870 die Stadtverordnetenversammlung. Den rund 73 Meter hohen Turm kann man trotz der Bauarbeiten noch sehen, was aber viel sehenswerter ist, verbirgt sich zur Zeit hinter den Bauzäunen: Der in der Höhe der ersten Etage des Rathauses rundum verlaufende Terrakotta-Fries. Dieser stellt Szenen aus der Geschichte Berlins dar. Wenn man aus heutiger Sicht zu mancher Darstellung eine geteilte Auffassung haben kann, so sind diese Darstellungen doch außerordentlich bemerkenswert.

Im vom Faschismus entfesselten zweiten Weltkrieg ließen angloamerikanische Bomben vom Rathaus nur Trümmer übrig. Noch während der letzten Kriegstage

hissste der Unterleutnant der Roten Armee Gromow am 27. April 1945 die rote Fahne der Befreiung auf den Überresten des Turms. Nach äußerst komplizierten Wiederherstellungsarbeiten konnte das Rathaus im November 1955 seiner Bestimmung an den damaligen Oberbürgermeister Friedrich Ebert übergeben werden. Das Gebäude wurde damit bis 1990 Sitz des Oberbürgermeisters und der Stadtverordnetenversammlung der Hauptstadt der DDR.

Seit 1990 ist das Gebäude das zentrale Berliner Rathaus und damit Sitz des Regierenden Bürgermeisters.

Denis Ruh

derem eine Kinonacht im Babylon. Auch auf Druck der Bezirksverordnetenversammlung und des Bezirksbürgermeisters wurde der Mietvertrag für den rechten Klamottenladen bereits Anfang Februar 2008 gekündigt.

Ende November 2010 schloss «TØNSBERG» endlich seine Pforten. Ein langer und zäher juristischer, und zivilgesellschaftlicher Kampf endete mit einem Sieg. Die Entscheidung des Landgerichts Berlin vom 14. Oktober 2008 wurde somit rechtskräftig und das Ladenlokal geräumt werden.

Roman Fröhlich

Menschen in Mitte – Gabriele Tappe und Claudia Heermann:

Stolz auf ein Team, das alle Kinder integriert



Foto: Herold

Claudia Heermann (links) und Gabriele Tappe – engagiert für das Wohl aller Kinder

Multikulti lebt, die Integration der Berliner mit den Migranten aus aller Welt ist auf gutem Weg – zumindest schon bei den Jüngsten. «Ein gutes Beispiel dafür ist wohl unsere Kindertagesstätte »Kleine Hüpfen«, sagt stolz die Leiterin der Einrichtung inmitten der Hauptstadt, Gabriele Tappe. Die 68 Steppes in dem weißen Flachbau – ein Objekt des Berliner Eigenbetriebes KINDERGÄRTEN CITY – in der Weydemeyerstraße 20, deren Vorfahren zum großen Teil Einwanderer aus Ost- und Südeuropa, Afrika oder Asien sind, sprechen, lachen, singen, tanzen, lernen unbefangen und fröhlich miteinander.

«Und ihre Eltern machen mit«, unterstreicht Claudia Heermann, die stellvertretende Leiterin. So haben schon mehrere von ihnen den Kindern Märchen und Geschichten aus ihren Herkunftsländern vorgestellt. Regelmäßig werden anhand von Landkarten, Fahnen und Bildern die einzelnen Staaten bekannt gemacht, wo zumeist die Omas und Opas der Kleinen leben. Hin und wieder kochen und backen Muttis für Feiern Spezialitäten ihrer Heimatländer.

«Alles für das Wohl der Kinder, egal woher ihre Familien stammen, ob arm oder reich oder mit Behinderungen«, nennt Gabriele Tappe das oberste Anliegen ihres Teams. In den Jahren bis zum Schulbeginn unterstützen die elf Pädagoginnen im Rahmen des Berliner Bildungsprogramms die Heranwachsenden dabei, Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen zu entwickeln, Grundfertigkeiten zu erlangen. A und O aber ist die zunehmende Beherrschung der deutschen Sprache. «Bewährt hat sich dabei das Berliner Sprachenlernstagebuch«, wollen die Erzieherinnen besonders betonen. «Jedes einzelne Kindergartenkind

erhält bei der Verabschiedung für den Schulanfang ein buntes Album, in dem seine Entwicklung von den ersten Worten mit Texten, Fotos und Zeichnungen aufgezeigt wird. Dafür gibt es sogar einen Buchstabenraum, wo die Kleinen zu spielerischen Sprechübungen zusammentreffen. Ehrgeizig und stolz entwickeln die Mädchen und Jungen zu unserer aller Freude ihren Wortschatz».

Hoher Verantwortung in dieser Zeit bewusst

Gute Ergebnisse habe in den letzten Jahren insgesamt das Konzept der offenen Arbeit gebracht, sagt Gabriele Tappe, die wie Claudia Heermann und die anderen Mitarbeiterinnen ausgebildete Pädagogin ist. «Die Kinder können zum Teil selbst entscheiden, wie sie den Tag verbringen. Ob im Atelier beim Malen oder im Entdeckerraum bei ersten kleinen Experimenten. In der Bibliothek warten Bücher zu verschiedenen Themen auf kleine Betrachter. Zur musikalischen Früherziehung kommt extra eine Fachfrau aus der Musikschule Mitte ins Haus«, hebt Gabriele Tappe hervor.

Gabriele Tappe und Claudia Heermann, beide gebürtige Berlinerinnen und Mütter von je zwei Kindern, sind sich gerade jetzt – in einer Zeit wachsender Voreingenommenheit gegenüber Ausländern – ihrer hohen Verantwortung bewusst. «Ich bin stolz auf mein Team«, unterstreicht die Kita-Leiterin, «weil jede Mitarbeiterin, ob im Krippenteil, in den Gruppen der älteren Kinder oder in der Küche, mit hohem Engagement für jedes Kind da ist».

Matthias Herold

Kurznachrichten

Abwasserwerk am Netz

In der Chausseestraße in Mitte ist nach mehrjähriger Bauzeit Berlins modernstes Abwasserwerk in Betrieb gegangen. Fast 13 Millionen Euro investierten die Abwasserbetriebe der Stadt. In zehn Meter Tiefe auf dem Gelände des Bundesnachrichtendienstes fördern Elektrokreiselpumpen pro Tag etwa 23.000 Kubikmeter Regen- und Schmutzwasser aus der Kanalisation. Die vollautomatisierte Anlage kommt ohne Personal aus und wird von Mitarbeitern der Leitzentrale an der Holzmarktstraße gesteuert. Ein altes Pumpwerk in der Nachbarschaft wurde stillgelegt.

Besucherandrang

Wegen des großen Besucherandrangs, plant das Deutsche Historische Museum, im Zentrumbezirk seine Ausstellung »Hitler und die Deutschen« über den 6. Februar hinaus bis Anfang März zu verlängern. Bisher kamen seit vergangenem Oktober über 115.000 Besucher aus aller Welt. Museumsdirektor Hans Ottomeyer verspricht sich, «wenn es so weiter läuft», bis zu 300.000 Besucher. «Es gab Befürchtungen, falsches Publikum, zum Beispiel Neonazis, anzulocken. Das ist nicht geschehen«, sagte der Museumsdirektor.

Bessere Chancen für AOK

Die AOK-Krankenkassen Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben im Dezember von ihren Gesundheitsministerinnen Anita Tack (LINKE) und Manuela Schwesig (SPD) die Genehmigungsbescheide zur Fusion ab 1. Januar erhalten. Es wurde auch eine Verwaltungsvereinbarung zur Zusammenarbeit unterzeichnet. Es sind keine Zusatzbeiträge zu bezahlen; in den betreffenden Bundesländern bestehen weiterhin jeweils Ansprechpartner. Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in dünn besiedelten Gebieten ist gesichert und wird verbessert. Der vereinigten AOK Nordost gehören 1,8 Millionen Mitglieder an.

Älteste Orgel erneuert

Mit einem Konzert im vergangenen Dezember ist die älteste erhaltene Orgel Berlins in der Karlsruher Kirche »Zur frohen Botschaft« wieder in Dienst gestellt worden. Die Restaurierung der sogenannten Amalien-Orgel habe vermutlich mehr als eine halbe Million Euro gekostet, teilte der Förderkreis mit. Das Instrument, das zwei Jahrhunderte Teil des Stadtschlusses war, ist den Angaben zufolge die einzige erhaltene Orgel Berlins aus dem 18. Jahrhundert.

Quellen: Berliner Tageszeitungen/de

Ganz privat im öffentlichen Raum

Spazierend durch unseren Bezirk



Foto: Archiv

Schickes Ambiente der «Neuen Mitte» – zu besichtigen am Hackeschen Markt

Nein, gemütlich ist es nicht, unter Berlins grauem Himmel durch den nassen Schnee zu stapfen. An solchen Tagen lädt der öffentliche Raum nicht zum Verweilen. Spürbarer als im Sommer sind auch öffentliche Gebäude keine Oasen. Ich vermisse launig urbane Geborgenheit. Statt ihrer verstellen soziale und kommerzielle Werbungen das Stadtbild, vermüllt Dreck Straßen, Parks und Plätze, zeugen zerfetzende Gerüstplanen von Stagnation. Derweil baut sich die Privatwirtschaft hinterm Bauzaun am Hacke-

schen Markt schicke Häuser, eher zum Arbeiten als zum Wohnen. Und schon lässt sich erkennen, wie eine Gasse, Bistros und Cafés, Läden und das Apartmenthotel, auch Plastiken und Grün? – Flaneure wie Passanten aufsaugen werden.

Gerade wurde auch hinter ihrer Neorenaissancefassade die Ackerhalle alias REWE-Supermarkt umgebaut, von Resten verstaubter DDR-Verkleidung aus einer Zeit befreit, in der der Fortschritt Selbstbedienung und Kaufhalle hieß. Das alte Gebäude, 1888 nach nur zwei Baujahren als Markthalle VI mit ho-

hen Mittel- und Seitenschiffen, gusseisernen Trennstützen und schöner Ornamentik vollendet, war als sechstes von 15 überdachten Berliner Großmarkthallen eine weitere hygienische Antwort auf die Herausforderungen aus Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und Massenkonsum in der modernen Großstadt. 1945 kaum zerstört, 1970 durch Umbau enteert, 1991 halbwegs rückgebaut, ist die bemerkenswerte Konstruktion wieder zu erkennen. Eine bunte Text-Bild-Informationswand nimmt sogar Bezug auf den oberen Terrakottafries, anderes bleibt ausgespart, nicht nur Fisch-Richard, der bis zum DDR-Umbau die Bewohnerschaft lautstark über das Leben der Fische und anderes auf dem Laufenden hielt.

Shopping Malls wiederum suggerieren kleinstädtischen Charme nachbarlicher Marktplätzchen ohne industrielle Hatz, der Familieneinkauf soll kostenintensiv und vergnüglich sein. Den Ackerhallenbetreibern hingegen scheint altmodisch der Umsatz, nicht der Spaß daran wichtig. Mich wundert nicht, dass sie angeblich wegen der Tierschützer das beliebte Becken für lebendige Karpfen und Forellen abgebaut haben. Jetzt können die Stadtkinder ihre Nasen nicht mehr vor der glitschigen Natur platt drücken.

Alle Großstadt ist stets im Fluss. In Manhattan werden die Investoren gezwungen, neben, vor, in oder auf ihren Neubauten öffentliche Räume mit hohem Anspruch zu schaffen. Aus Profitgier, gesellschaftlichen Bedürfnissen und politischem Willen folgen am Ende privatfinanziert sichere Fahrradwege, kreative Grün-, Sport-, Kinder- und Erholungsbeiche. Und der Himmel ist dort sogar im Winter meist knallblau. **Irene Runge**

Freiheit auf Bewegung!

SOS für die Menschenrechte im Podewil

Alle, die kein Englisch können, nehmen am Klassenkampf nicht mehr teil, so ein mißmutiger Genosse neben mir. Das Stück beginnt verspätet mit schlechter Laune, dafür bekommt, wer dennoch den Wohlstandszauber von drei nahen Weihnachtsmärkten hinter sich gelassen hat, die Jesusgeschichte neu erzählt. Das GRIPS-Theater, zu Gast im Podewil, hat mit «SOS for Human Rights» die Weihnachtsgeschichte von Maria, Josef und dem Jesuskind, die ja auch die Geschichte einer Flucht ist, aktualisiert. Wir erleben Jamila (Veronica Naujoks), Naisha (Dalilh Abdallah) und Kerim (Adil El Bouamraoui) aus Afrika kommend, der Wiege der Menschheit, einen Weg suchend in die Wiege der christlichen Parteien: «Europa ist das Ziel unserer Träume, dafür riskieren wir unser Leben».

SOS for Human Rights ist mehr als ein Theaterstück: Es ist Teil der Kampagne der ‚Jugendlichen ohne Grenzen‘, von PRO ASYL und anderen Organisationen gegen das Flüchtlingselend vor der Festung Europa. Die geballte europäische Militärmacht, die sich in der Grenzschutzagentur Frontex institutionalisiert, führt Krieg gegen Zivilisten. Jesus würde heutzutage auf dem Mittelmeer aufgebracht werden.

Im Stück suchen Flüchtlinge aus Ghana und Afghanistan den Weg zum und übers Mittelmeer. Naisha verdient das Reisegeld im Hotel mit europäischen Touristen. Sextourismus für das gelobte Land. Missbraucht von Schleppern und Neppern, aber auch von Journalisten, die die Geschichte für gutes Geld verkaufen, werden drei Jugendliche von Frontex auf dem Mittelmeer ermordet.

Bühnenbild und Requisiten bestechen durch schlichte Multifunktionalität, aus einem Rettungsring wird ein Lenkrad, aus einem Pad del ein Gewehr, die Liegestühle schließlich zur Plattform für den finalen Akt. Die musikalischen Darbietungen – typisch für GRIPS-Produktionen – mag man oder nicht, bei den Kids um mich herum kommen sie offensichtlich an.

Die junge Autorin Susanne Lipp hat zusammen mit dem GRIPS-Regisseur Philipp Harpain und den jungen Darstellern ein Stück geschaffen, dessen Geschichte zu packen vermag. Mit didaktischer Entschiedenheit fordert das Stück: «Die Mauer muss weg!»

Überall hinreisen können, wie wir Gesamtdeutschen 20 Jahre nach der Wende, ist heute für viele Menschen weltweit nicht selbstverständlich. «Freiheit auf Bewegung» fordern die Flüchtlinge. Wer, wenn nicht wir Deutschen, sollte das besser verstehen?

„SOS for Human Rights“ geht jetzt auf Tournee und ist ab Januar 2011 wieder im Podewil zu sehen. **Verena Werthmüller**

Als «Weddinger Kiezmutter» unterwegs

Aufmerksam und sensibel, den Kindern zuliebe

Wer als «Weddinger Kiezmutter» unterwegs ist, besucht jeweils drei bis fünf Familien pro Woche – ausgestattet mit Spiel- und Lernmaterialien und dem entsprechenden Know-how. Zurzeit sind es zwölf Kiezmütter, sie sprechen zum Teil mehrere Sprachen.

Die Kiezmütter werden in einem zweiwöchigen Basiskurs ausgebildet, der in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt durchgeführt wird. Bei diesem Kurs geht es um Fragen der Kindesentwicklung, Erziehung, Spiel- und Lernpädagogik sowie um einen Überblick über Beratungsstellen und das hiesige Kita- und Schulwesen. Daran beteiligt sind Logopädinnen, Sozialarbeiterinnen oder Erzieherinnen.

Im Zentrum dieses Projekts von «Kulturen im Kiez e.V.» stehen innerfamiliäre Kommunikation, Spielen, Lernen und Sprachförderung. Familienmütter mit Kleinkindern können die Kiezmütter bei den erzieherischen und anderen Problemen zu Rate ziehen: Integration auf Augenhöhe.

Ziel ist die Überwindung von Isolation. Auch die Qualifizierung von Frauen zu Kiezmüttern hat – unabhängig von den Familienbesuchen – den Effekt, dass sich die Kiezmütter mit anderer Aufmerksamkeit und Sensibilität den eigenen Kindern zuwenden und zu Aktiven in ihrem Kiez und darüber hinaus werden. Die Kiezmütter besuchen gemeinsam z.B. das Forum MigrantInnenprojekte und andere Veranstaltungen. Sie richten gemeinsam Feste aus und beteiligen sich an der Gestaltung des Kiezlebens.

Die Förderperiode des Projekts läuft allerdings im Jahre 2011 aus. Vom Bundesminister für Stadtentwicklung, der für das Programm «Soziale Stadt» zuständig ist, wurden Kürzungen angekündigt. Eine Ausweitung oder mindestens eine Verstetigung solcher Projekte wäre aber dringend wünschenswert für die sozialen Belange und die notwendige Integration im Quartiermanagement-Gebiet.

Rainer Scholz

Wir zeigen Flagge

Nein zu Gewalt an Frauen

Gewaltanwendung an Frauen in allen gesellschaftlichen Schichten ist uns allen bekannt. Wir erfahren tagtäglich schockierende Nachrichten mit solchen Inhalten. Es ist uns klar, dass dies u.a. auch mit den patriarchalen Strukturen in der Gesellschaft zu tun hat. Diese Strukturen können aber auch durch die Änderung und Aufklärung des gesellschaftlichen Bewusstseins überwunden werden. Deshalb muss der politische Wille hartnäckig dabei bleiben und das Ziel nicht aus dem Auge verlieren.

Am 25. November wehten weltweit Fahnen mit der Aufschrift «Frei leben – ohne Gewalt» der Initiative TERRE DES FEMMES auf öffentlichen Gebäuden und setzten ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Auf Initiative insbesondere der Linksfraktion und der Überparteilichen Fraueninitiative beteiligte sich das Abgeordnetenhaus in diesem Jahr zum ersten Mal an dieser Aktion.

An diesem Tag, um 11 Uhr wurde auch vor dem Gebäude des Abgeordnetenhauses in der Niederkirchnerstraße die Fahne mit der Aufschrift «Frei leben – ohne Gewalt» gehisst. Auch auf Gebäuden der Senatsverwaltung und verschiedener Rathäuser, so in Lichten-

berg und Marzahn-Hellerdorf, wehten diese Fahnen. Berlin setzt damit ein klares Zeichen. Die Stadt verfügt über ein breit gefächertes Hilfs- und Schutzangebot, bestehend aus Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen, Notrufen, Frauenberatungs- und Interventionsstellen. Trotz der schwierigen Haushaltslage sichert Rot-Rot in Berlin die Finanzierung von Anti-Gewaltprojekten.

Der 25. November ist der internationale Tag «NEIN zu Gewalt an Frauen!» Dieser Gedenktag geht zurück auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach grausamer Folter getötet wurden. 1981 wurde dieser Tag auf einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen im kolumbianischen Bogota zum internationalen Gedenktag deklariert. Seit 1999 ist dieser Gedenktag auch von den Vereinten Nationen offiziell anerkannt.

Kadriye Karci

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus



Foto: Archiv

Montag, 17. Januar 2011, 18.30 Uhr
Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72,
10243 Berlin

«Mein Herz war halb Manhattan, halb Berlin»

Dr. Irene Runge * 1942 New York

1942 in New York geboren, Kommunistenkind, die Eltern kehren aus McCarthys USA nach Deutschland zurück, «fremd» war ein Gefühl, das Irene Runge als Kind von Westemigranten, in der jungen DDR, als Kind von Antifaschisten unter Kindern von ehemaligen Nazis, und später als «Ossi» unter Wessis begleitet hat. Die Soziologin und Publizistin wird im Gespräch mit Hans Coppi (* 1942 Berlin) über sich, übers Altern, über Jüdisches, den Fremdenhass, das Kopftuchverbot, die Großstadt und die Kneipen erzählen.

Politische Bildung

18.1.2011, 10 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus

Grenadierstraße – ein Ghetto mit offenen Toren

Dr. Horst Helas unternimmt einen Spaziergang durch die Geschichte der Grenadierstraße im Berliner Scheunenviertel von 1871 bis heute. Buchvorstellung mit Horst Helas, Historiker; Moderation: Christian Beyer

19.1.2011, 18:00 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9

Öffentliche Unternehmen unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus

Erfahrungen in Berlin und Konsequenzen für linke Politik. Mit Dr. Klaus Lederer, Berliner Landesvorsitzender der LINKEN; Moderation: Prof. Dr. Klaus Steinitz

27.1.2011, 15:00 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9

Lachen, Sport und Reisen schützen vorm Vergreisen

Dies rät Günter Herlt allen Junggebliebenen zum Jahresbeginn.

27.1.2011, 18:00 Uhr, RLS Konferenzsaal Franz-Mehring-Platz 1

«Das Amt und die Vergangenheit»

Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Lesung mit dem Mitautor der Studie Moshe Zimmermann zur Vergangenheit des Auswärtigen Amtes.

Das ist das Letzte

Wenn ich unterwegs die Reste der Silvesterböller sehe, denke ich: jetzt sind alle «bösen Geister» aus Berlin vertrieben! Doch dann kommen Zweifel:

Die S-Bahn lief im «maroden Zonen-Regime» zuverlässiger als in der «entfesselten Markt-wirtschaft». Weil Arbeitsplätze – auch in den Werkstätten – «heilig» waren und weil kein Chef den Drang zur Börse hatte. Die Stadtreinigung hatte im Winter Hilfe durch die Hausgemeinschaften – bis die Miethaie kamen. Der Wasserpreis mußte nie vor's Kartellgericht, weil die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion über die Preise wachte.

Aber bei den Umfragen «20 Jahre Einheit» wollten nur 10 Prozent die Mauer wiederhaben, obwohl 90 Prozent unter dem masslosen Profitstreben leiden. Das beweist die Leidens- und Lernfähigkeit der «Ossis», trotz der Einkommensnachteile von 23 Prozent bei «ostdeutschem Migrationshintergrund!» Der Euro wackelt. Die Preise klettern. Hartz-IV stinkt. Wahlen wirbeln Schlamm auf. Nichts bleibt, wie es ist! Die Konkurrenten der Linken schwenken unsere Forderungen – ohne Quellenangabe. In Stuttgart, Gorleben und Greifwald hörte man: «Wir sind das Volk!» Wehe den Amtsträgern, die nur alle vier Jahre das Volk fragen! Der Ruf nach Mitsprache ist unüberhörbar. Dazu müssen mehr wirkliche Volksvertreter in die Parlamente. Die Anwälte des Kapitals spüren, dass sich links eine neue Mehrheit formiert. Das macht sie beißwütig. Sie hoffen auf den Bruderzwist der Linken, wenn vier Flügel mit zwei Köpfen einen Erfolgskurs suchen und sich bayerische Mitstreiter die Bierkrüge auf den Kopf hauen. Die Berliner Linke hat auf ihrem Landesparteitag Flagge gesetzt. Da waren nur ein Drittel Grauköpfe im Saal. Die jüngeren Staffelläufer hatten Ziel und Strecke gut im Blick, ohne Rosinen im Kopf, mit guten Erfahrungen im Rucksack. Das lässt hoffen, wenn wir mitziehen – trotz Muskelschwund.

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 20.12.2010

Ausgabetag für Nr. 2/11 – 3.2.2010

mittendrin · 1/2011

WikiLeaks – in zweifelhafter Mission

Mein Favorit: »Teflon-Merkel« – Da bleibt nichts haften!

Um eins im Vorfeld zu klären: Ich bewundere die Arbeit der Internetplattform WikiLeaks, welche seit 2006 geheime Dokumente von staatlichen Institutionen im Interesse der Öffentlichkeit preisgibt. Julian Assange, Gründer von WikiLeaks, welcher derzeit Vergewaltigungsvorwürfen ausgesetzt ist, für die sich sogar Interpol interessiert, hat sich um die Meinungsfreiheit, die Transparenz in der Politik und den freien Zugang zu Informationen verdient gemacht. Ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft, weil somit Herrschaftswissen überwunden wird. Die neueste Veröffentlichung der US-Botschaftsdepeschen hat zudem einen hohen Unterhaltungswert und lässt tief in die Namenskreativität amerikanischer Diplomaten blicken, wenn es um deutsche Spitzenpolitiker geht.

Bei aller Bewunderung, der WikiLeaks derzeit medial zuteil wird, ist es aber auch an der Zeit, nach den Motiven der «Enthüller» zu fragen. Es mangelt Assange nicht an Pathos, wenn er zu verstehen gibt, er sei im Namen der Wahrheit und Aufklärung tätig. Nun interessiert eine Wahrheit erst dann jemanden, wenn sie dem schadet, der sie bislang geheim hält. Und da scheint WikiLeaks ein eindeutiges Opfer gefunden zu haben: Amerika! Sicherlich,

wer die USA ernst nehmen will, muss sie kritisieren. Aber wäre es nicht auch vorstellbar, dass Assanges Internetdetektive sich Regime vorknöpfen, die von Menschenrechten so viel halten, wie Dirk Niebel von Gewerkschaften? Mich würde zum Beispiel interessieren, wie weit das Atomprogramm des Iran wirklich ist, dessen Präsident nicht oft genug die baldige Eliminierung Israels prophezeit. Oder wo befinden sich die verschollenen Dissidenten in China und Nordkorea? Staaten, die ja nicht gerade zimperlich mit Oppositionellen umgehen sollen. Wie wird man weissrussischer Präsident mit Alexander Lukaschenko als Gegenkandidaten? WikiLeaks erweckt den Verdacht, lieber einem populären Antiamerikanismus zu folgen, als mithilfe ihrer Fähigkeit kriminelle Machenschaften von Diktaturen aufzudecken. >>We open governments.<< (Wir öffnen Staatsgewalt) ist das Motto von WikiLeaks. Nur ob das Obama-Clinton-Amerika der richtige Patient auf dem Seziertisch ist, bleibt fraglich.

Sebastian Kahl

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 91.** Ruth Tanneberger
- zum 88.** Karl-Heinz Banach, Friedel Kästner, Kurt Meißner, Dora Scholz
- zum 87.** Harald Morgenstern
- zum 86.** Werner Hagemann,
- zum 85.** Ilona Jechow,
- zum 84.** Otto Brandstädter, Horst Kniestedt, Elisabeth Meier, Helmut Schindler, Horst Schütze, Hannelore Sonntag
- zum 83.** Bruno Sedlaczek, Werner Theuring
- zum 82.** Siegfried Büttner, Rudolf Dürr, Horst Haase, Inge Jacobeit, Erhard Scherner, Lilly Thiele
- zum 81.** Renate Drenkow, Johanna Kayser, Lutz Schäfer, Horst Tetzner
- zum 80.** Dietrich Ehrentreich, Traute Gscheidle, Magda Schlieffke, Edith Spitzer, Hans Voß
- zum 75.** Eleonore Jacob, Helga Lohse, Barbara Raatz, Günter Zachrau
- zum 70.** Inge Franz

Gesprächskreis in Mitte

Welche Inhalte und Vorhaben braucht DIE LINKE?

Über demokratischen Sozialismus, politische Verbündete und gesellschaftliche Veränderungen diskutieren

Sahra Wagenknecht und Benjamin Hoff

Donnerstag, 27. Januar, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus

Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 24 00 9 - 33 6
Fax: 030 / 24 00 9 - 33 7
können Sie Montag bis Mittwoch in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr, Donnerstag bis 19.00 Uhr und Freitag bis 14.30 Uhr erreichen.